

kriens

Protokoll

Kriens, 17. Februar 2022

Sitzungsdatum

Donnerstag, 17. Februar 2022

Zeit Ort

15:00 Uhr bis 19:01 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2021/2022 Protokoll Nr. 6

Anwesend

Vizepräsident

Räto Camenisch

Einwohnerrat

29 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Protokoll

Sascha Frevel

Entschuldigt

Tomas Kobi
Martin Zellweger

Traktanden**Traktanden**

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 179 |
| 2. | <u>Vereidigungen</u> Ivo Durrer, Matthias Erni und Marco Meier | | Seite 177 |
| 3. | <u>Protokoll Nr. 1 vom 2. September 2021</u>
<u>Protokoll Nr. 2 vom 30. September 2021</u>
<u>Protokoll Nr. 3 vom 4. November 2021</u> | | Seite 183 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten</u> | Nr. 087/22 | Seite 183 |
| 4a. | <u>Dringliche Interpellation Vonesch: Streichung des Ferienhorts bringt Eltern in Not</u> | Nr. 099/22 | Seite 191 |
| 4b. | <u>Dringliche Interpellation Gomer: Ist die angekündigte Gebührenerhöhung in den Tagesstrukturen mit den kantonalen Vorgaben vereint?</u> | Nr. 101/22 | Seite 192 |
| 5. | <u>Interpellation Ziemssen: Steuerdomizil der Selbständigerwerbenden</u> | Nr. 068/21 | Seite 196 |
| 6. | <u>Interpellation Ziemssen: Wie kommt die Stadt Kriens an die ihr zustehenden Entschädigungen gemäss Bundesgesetz?</u> | Nr. 070/21 | Seite 196 |
| 7. | <u>Interpellation Gomer: Wie viele Strassen und Plätze mit Frauennamen gibt es in Kriens?</u> | Nr. 072/21 | Seite 199 |
| 8. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.)

Aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 201 |
| 9. | <u>Verabschiedung: Raphael Spörri</u> | | Seite 201 |

Neueingangsliste

- Nr. 093/22 Interpellation Rüegg: Sozialhilfemissbrauch in der Stadt Kriens?
Eingang: 26. Januar 2022
- Nr. 096/22 Postulat Albrecht: Modell der Anstellung von pflegenden Angehörigen durch die Spitex Kriens
Eingang: 2. Februar 2022
-

Räto Camenisch begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler, für Zentral-Plus Jaqueline Lipp und SRF-Zentralschweiz ist ebenfalls vor Ort.

Entschuldigt hat sich Anita Burkhardt, Tomas Kobi, Martin Zellweger und Beat Tanner.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Räto Camenisch merkt an, dass Bruno Arnet krankheitshalber fehlt. Er wünscht ihm gute Besserung. Er sagt, dass es vor Sitzungsbeginn und in den vorgesehenen Pausen Kaffee gibt. Die Ratsmitglieder werden gebeten, ihre Voten selbstständig und zeitnah der Protokollführung zuzustellen.

Räto Camenisch gibt eine Änderung in der Traktandenliste bekannt. Vor dem Traktandum 1. Mitteilungen, finden die Vereidigungen von den drei neuen Einwohnerräten statt, damit diese ebenfalls abstimmen können bei einer allfälligen Abstimmung über die Dringlichkeit der eingereichten Vorstössen. Er stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

2. Vereidigungen Ivo Durrer, Matthias Erni und Marco Meier

Räto Camenisch bittet Ivo Durrer, Matthias Erni und Marco Meier zu sich nach vorne. Auch bittet er die Anwesenden, sich zu erheben. Ivo Durrer, Matthias Erni und Marco Meier legen das Gelübde ab. Sie werden mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2a. Ersatzwahl in die Kommissionen und die Geschäftsleitung für den Rest der Amtsperiode 2020-2024

Gemäss Räto Camenisch liegen die Wahlzettel auf den Pulten. Er bittet die Stimmenzähler Simon Solari und Jörg Ziemssen, zusammen mit der Stadtschreiberin Karin Schuhmacher Bürgi nach vorne für die Auszählung.

Ersatzwahl in die Geschäftsleitung für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0

ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14
<u>gewählt in die Geschäftsleitung ist:</u>	
Armin Lisibach, FDP	27

Ersatzwahl in die KFG für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14
<u>gewählt in die KFG ist:</u>	
Marco Meier, FDP	27

Ersatzwahl in die KBVU für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14
<u>gewählt in die KBVU ist:</u>	
Matthias Erni, FDP	27

Ersatzwahl in die KBSG für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14
<u>gewählt in die KBSG ist:</u>	
Armin Lisibach, FDP	27

Ersatzwahl in die BRK für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel	0

ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14
<u>gewählt in die BRK ist:</u>	
Ivo Durrer, FDP	27

1. Mitteilungen

Die Traktandenliste ist nach Räto Camenisch rechtzeitig zugestellt worden. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Es sind drei dringliche Vorstösse eingegangen. Wird die Dringlichkeit gutgeheissen, werden diese als Traktandum 4a, 4b und 4c behandelt.

Am 4. Februar 2022 hat Andreas Vonesch die dringliche Interpellation Vonesch: Streichung des Ferienhorts bringt Eltern in Not (Nr. 099/22) eingereicht.

Räto Camenisch stellt fest, dass der Dringlichkeit opponiert wird, deshalb gibt er das Wort dem Interpellanten.

Laut Andreas Vonesch hat die Streichung vom Ferienhort in Kriens zu verärgerten Reaktionen in der Bevölkerung und viel Unverständnis und Hektik bei den Betroffenen geführt. Zudem wurde ein sehr grosses mediales Echo ausgelöst. Die Interpellation der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist dringlich, weil es Fragen gebe, die ohne Antworten gegenstandslos werden würden und das Interesse an der umgehenden Klärung in der Öffentlichkeit ausserordentlich gross sei.

Michèle Akermann opponiert dieser Interpellation im Namen der SVP-Fraktion. Dringlichkeit ist die Notwendigkeit, kurzfristig zu handeln. Der Einwohnerrat hat die Dringlichkeit nach objektiven Gesichtspunkten zu beurteilen und nicht nach einem subjektiven Empfinden. Dringlich kann ein Vorstoss also nur sein, wenn ohne die Behandlung ein Schaden drohe, der nicht wieder beseitigt werden könne. Oder wenn ein bestimmtes Ereignis bereits stattgefunden habe und die nachträgliche Behandlung keinen Sinn mehr ergäbe. Eine falsche Annahme von Dringlichkeit dürfe auch keineswegs dazu führen, dass Vorstösse die ordentlich eingereicht werden, einfach immer weiter nach hinten geschoben werden. Das sei weder fair noch korrekt. Bei der Interpellation Vonesch sei die Dringlichkeit nicht gegeben, so drohe kein Schaden, wenn die Fragen nicht heute beantwortet werden und sie werden auch nicht obsolet. Ausserdem wurden die Fragen sogar schon öffentlich beantwortet und dem Interpellanten war diese Massnahme bekannt. Denn sie wurde im Budget explizit erwähnt, es wäre also mehr als genug Zeit geblieben, um das Anliegen nicht dringlich zu klären.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Vonesch: Streichung des Ferienhorts bringt Eltern in Not (Nr. 099/22)

Die Interpellation wird mit 14:11 Stimmen als dringlich überwiesen

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Enthaltung
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meier Marco	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Die Interpellation wird als Traktandum 4a behandelt.

Am 7. Februar 2022 hat Bettina Gomer-Beacco die dringliche Interpellation: Ist die angekündigte Gebührenerhöhung in den Tagesstrukturen mit den kantonalen Vorgaben vereinbar? (Nr. 101/22) eingereicht.

Räto Camenisch stellt fest, dass der Dringlichkeit opponiert wird, deshalb gibt er das Wort der Interpellantin.

Laut Bettina Gomer sind die Fragen dringlich, da der Stadtrat kurzfristig informiert habe. Die SP-Fraktion gehe davon aus, dass dies finanzielle Folgen seitens vom Kanton nach sich ziehe. Deshalb möchte die SP-Fraktion schnellsten wissen, ob dies bedacht wurde. Aus diesem Grund sei es für die SP-Fraktion dringlich, auch wenn im Voraus schon mal etwas in diese Richtung angedroht wurde.

Michèle Akermann möchte die Objektiven Gründe, was Dringlichkeit ist, nicht wiederholen, jedoch gelten diese auch für diese Interpellation. Auch die Interpellation Gomer sei aus objektiven Gründen klar nicht als

dringlich anzusehen. Die Massnahmen waren im AFP angezeigt und die Interpellation, wie sie jetzt vorliege, hätte schon damals eingereicht werden können. Auch konnte nicht einmal die Interpellantin selbst aufzeigen, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Dringlichkeit gegeben seien. Es gebe keinen Schaden, wenn die Fragen nicht heute beantwortet werden und es sei auch nicht so, dass es keinen Sinn mehr machen würde, wenn die Fragen zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden. Michèle Akermann möchte auch noch mal daran erinnern, dass es aus Fairnessgründen nicht richtig sei, subjektiv über die Dringlichkeit zu entscheiden. Denn dies führt dazu, dass andere Geschäfte erst viel später behandelt werden.

Laut Raoul Niederberger beurteilt sich die Dringlichkeit auch durch subjektive Kriterien. Im Art. 66 Abs. 1 Lit. B der Geschäftsordnung des Einwohnerrates steht klar, dass wenn eine Sache von einem aussergewöhnlichen politischen Gewicht sei und die Öffentlichkeit die umgehende politische Stellungnahme vom Einwohnerrat erwartet, ein Vorstoss als dringlich zu behandeln ist. Seines Erachtens ist deshalb dieser Vorstoss als dringlich zu behandeln.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Gomer: Ist die angekündigte Gebührenerhöhung in den Tagesstrukturen mit den Kantonalen Vorgaben vereinbar? (Nr. 101/22)

Die Interpellation wird mit 16:10 Stimmen als dringlich überwiesen

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Die Interpellation wird als Traktandum 4b behandelt.

Am 8. Februar 2022 hat Raoul Niederberger die dringliche Motion Niederberger: Erhalt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Nr. 103/22) eingereicht.

Räto Camenisch stellt fest, dass der Dringlichkeit opponiert wird, deshalb gibt er das Wort dem Interpellanten.

Für Raoul Niederberger ist diese Motion aus den gleichen Gründen wie die anderen beiden Interpellationen dringlich. Zusätzlich komme bei seiner Motion noch dazu, dass die Behandlung keinen Aufschub duldee, weil wenn die Motion normal behandelt werde, diese gegenstandslos sei, da dann dieses Thema im Rahmen der nächsten Budgetbehandlung diskutiert werde. Deshalb sind die objektiven sowie auch die subjektiven Gründe gegeben, welche für eine Dringlichkeit sprechen.

Laut Michelle Akermann ist es für die SVP-Fraktion bei der Motion Niederberger am eindeutigsten, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Diese könne gar nicht gegeben sein, denn die Sparmassnahme war explizit im AFP erwähnt und man hätte schon in der Budgetdiskussion die Möglichkeit gehabt, entsprechende Anträge zu stellen. Auch danach hätte man über Monate hinweg eine Motion einreichen können. Nun aber so zu tun, als hätte man nichts von den Sparmassnahmen gewusst, obwohl alle Fraktionen ausser der SVP dem Budget mit eben genau diesen Massnahmen, zugestimmt haben, sei für die SVP-Fraktion mehr als heuchlerisch.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Niederberger: Erhalt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Nr. 103/22)

Die Dringlichkeit wird mit 14:12 Stimmen abgelehnt

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein

Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

3. Protokoll Nr. 1 vom 2. September 2021
Protokoll Nr. 2 vom 30. September 2021
Protokoll Nr. 3 vom 4. November 2021

Räto Camenisch stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

4. Bericht und Antrag Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten

Nr. 087/22

Laut Raoul Niederberger wurde der heute zur Diskussion stehende Projektierungskredit von der KSBG an ihrer letzten Sitzung diskutiert. In der Kommission war man sich einig, dass sichere Wege zu Schulen und Sportstätten ein wichtiges Anliegen sind. So betonten alle Fraktionen, dass sie grundsätzlich mit dem geplanten Vorgehen des Stadtrates einverstanden seien. Zur Diskussion Anlass gaben indes zwei andere Punkte. Zum einen war dies die eingeplante Reserve von Fr. 100'000.00 und zum anderen, ob es sich bei dem vorgelegten Kredit überhaupt um einen Projektierungskredit handle. Diesbezüglich wurde votiert, da im Kredit wiederkehrenden Kosten eingeplant sind, könne nicht von einem Projektierungskredit die Rede sein. Ein Projekt habe einen klaren Beginn und ein klares Ende und könne deshalb keine jährlich wiederkehrenden Kosten auslösen. Dies sei nicht mit dem FHGG vereinbar. Der Stadtrat hätte dem Einwohnerrat einen Planungsbericht vorlegen müssen. Auf den B+A sei nicht einzutreten. Der Stadtrat liess im Anschluss an die Kommissionssitzung verlauten, dass die kantonale Finanzaufsicht für Gemeinden keinen Verstoß gegen das FHGG feststellen konnte. Die KSBG trat mit 6:3 Stimmen auf den B+A ein. Betreffend der Reserve von Fr. 100'000.00 wurde bemerkt, dass eine solche hohe Reserve immerhin fast die Hälfte des Projektierungskredits, etwas seltsam anmute. Für einige war die Reserve auch schlichtweg zu hoch. Zugutegehalten wurde dem Stadtrat, dass die Reserve wohl aus politischen Überlegungen der Art hoch ausgefallen sei. Wäre eine tiefere Reserve eingeplant worden, wäre das Geschäft nicht mehr in die Kompetenz des Einwohnerrates gefallen. Die KSBG stimmte in der Schlussabstimmung dem Beschlusstext mit 6:3 Stimmen zu.

Laut Armin Lisibach hat die KBVU ein einheitliches Eintreten festgestellt und bedankt sich für die innovative Lösung. Die Projektierungsreserve von Fr. 100'000.00 wurde von jeder Partei kritisch in Frage gestellt. Der zuständige Stadtrat erläuterte die strukturellen Themen in Bezug auf die Finanzierung. Kapitel 5, Absatz 2, könne ein Bemerkungsantrag gestellt werden, dass die Reserven nicht angetastet werden dürfen. Die KBVU goutiere die Anstrengungen und die Innovationsbereitschaft der involvierten Gremien. Innerhalb der Kommission wurde ausführlich und umstritten diskutiert, wie mit dem Reservebetrag von Fr. 100'000.00 umzugehen sei. Zum einen könne man das Vorhaben in die Kompetenz des Stadtrates zurückgeben und somit der Projektbetrag um die ungewöhnlichen Reserven von Fr. 100'000.00 kürzen. Danach sei aber die Abhandlung nicht mehr in Kompetenz des Einwohnerrates. Zum anderen könne der Betrag wohl im Projektierungsbetrag belassen werden und somit die Rechtfertigung gegenüber dem Einwohnerrat gewährleisten. Mit einem Bemerkungsantrag will nun sichergestellt werden, dass der Reservebetrag von Fr. 100'000.00 im

Projektbetrag belassen, aber nicht verwendet werden dürfen. Der KBVU sei die Sicherheit der Kinder prioritär und deshalb werde die KBVU beim Beschlusstext den entsprechenden Bemerkungsantrag stellen und empfiehlt entsprechend die Annahme des B+A.

Peter Stofer möchte die Gelegenheit nutzen, die Aufmerksamkeit auf das wesentliche zu lenken. Es geht nicht primär darum, was mit dem Fr. 100'000.00 Reservenbetrag ist, sondern es geht um den Gedanken von Ursula Wendelspiess und zwar die Sicherheit von den schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu stärken. Peter Stofer zeigt einen Plan von Kriens mit einigen Punkten und jeder Punkt zeigt eine Persönliche Tragödie. Diese Punkte seien Unfälle mit betroffenen Fahrradfahrer und Fussgänger. Nun soll der Anstieg von diesen Punkten minimiert werden, genau wie Ursula Wendelspiess dies mit dem Vorstoss geplant habe. Das Anliegen sei eigentlich unbestritten und doch hatte dieses Postulat einen zähen Start. Das Postulat, welches vor drei Jahren eingereicht wurde, sei damals ungenügend beantwortet worden und das Problembewusstsein war beim Stadtrat damals nicht vorhanden. Ursula Wendelspiess war hartnäckig und habe deshalb die Motion eingereicht und darin den Projektierungskredit, die Sicherheitsprüfung, den Massnahmeplan und den Umsetzungsplan gefordert. Nach drei Jahren seit dem ersten Vorstoss habe der Einwohnerrat nun eine Strategie erhalten. Der Stadtrat hat einen Wandel durchgemacht und möchte die Sicherheit von den Schwächsten zur Chefsache machen. Das Problem soll nicht einfach an irgendein Ingenieurbüro abdelegiert werden, sondern man will die eigene Abteilung mit Weiterbildungen auf den neusten Stand bringen, um diesem Thema gerecht zu werden. Das Vorgehenskonzept ist sehr innovativ, man versuche mit modernen Lösungen effizient zu arbeiten. Die verschiedenen Akteure wie Eltern, Lehrer, Verkehrspolizei und das Labor Luzern werden vernetzt. Das Labor Luzern ist in der benachbarten Teiggi zu Hause. Das bestehende Konzept wirke für die Grüne/glp-Fraktion auch integrativ. Es sollen alle Verkehrsmassnahmen, inklusive den Projekten und Vorschlägen aus dem Gesamtverkehrskonzept Kriens, integriert und priorisiert und in Form von einer Umsetzungsplanung aufgelistet werden. Das Konzept sei auch an die Finanzkraft von der Stadt Kriens angepasst. Der Betrag von Fr. 120'000.00 für die Planung über zehn Jahre liege für die Grüne/glp-Fraktion angesichts der Problematik absolut drin. Die Erwartungen an diesen B+A von der Grüne/glp-Fraktion wurden übertroffen. Die technische Reserve von Fr. 100'000.00 sei der Gemeindeordnung geschuldet, da ansonsten die Kompetenz beim Stadtrat liegen würde. Die Grüne/glp-Fraktion ist für Eintreten und bittet alle, denen die Sicherheit der Schüler wichtig ist, dies ihnen gleich zu tun.

Patrick Koch gratuliert dem Krienser Stimmvolk zum weitsichtigen «Testplanungs Nein». So bleiben die Fussgängerstreifen und Ampeln im Zentrum auf der Luzernerstrasse bestehen. Senioren und Schulkinder dürfen sich weiterhin an sicheren Überquerungshilfen erfreuen. Die Sicherheit der Kleinsten sei der SVP-Fraktion sehr wichtig. Die Angst um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg gehöre zu den grössten Ängsten der Eltern. Die Tendenz, dass Eltern ihre Kinder vermehrt mit dem Auto begleiten, sei erkennbar. Doch Elterntaxi seien der falsche Weg und ungünstig für die soziale Entwicklung der Kinder. Denn der Schulweg ist mehr als nur eine Strecke von A nach B. Kinder schliessen auf dem Weg Freundschaften, bewegen sich, lernen Situationen richtig einzuschätzen und bekommen Vertrauen in die eigene Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Tatsache ist, dass im Schweizer Strassenverkehr täglich mehr als fünf Kinder verletzt werden. Ein Viertel aller Kinderunfälle passieren auf dem Schulweg. Es besteht Handlungsbedarf. Über die Wege, die zum Ziel führen, bestehen wieder einmal unterschiedliche Ansichten. Für die SVP Kriens schieesse der vorliegende Projektierungskredit über das Ziel hinaus. Es liegen gemäss GVK bereits genügend bekannt Handlungsfelder vor, welche im Rahmen der finanziellen Mittel angepackt werden müssen. An dieser Stelle verweist Patrick Koch auf den Vorstoss Camenisch «Verbesserung der Sicherheit auf Fussgängerstreifen». Auch dort seien verschiedene Brennpunkte bekannt, die rasch angegangen werden müssen. Keinesfalls sollen gesprochene Mittel in teure Untersuchungen, Konzepte, Ausbildungen und in die Anschaffung von sendenden Stofftieren gesteckt werden. Die von den GPS-Trackern erhobenen Daten können dann von den Schulkindern und Eltern eingesehen werden. Wie fühlt sich das Schulkind, wenn die Eltern dessen Schulwege nachkontrollieren. Putin und Xi Jinping lassen grüssen. Warum müsse gerade die vor dem finanziellen Abgrund stehende Stadt Kriens wiederum Zehntausende von Steuerfranken in unausgereifte Projekte stecken? In einem Interview mit 20 Minuten erklärt der Stadtrat,

dass mögliche daraus resultierende Massnahmen unter anderem die Schaffung einer Tempo-30-Zone sei. Darum gehe es also. Die Schulkinder für politische Anliegen missbrauchen. Wie war das schon wieder mit den sicheren Querungshilfen? Zweifellos sei die Verkehrserziehung sehr wichtig. Kinder müssen über die Gefahren im Strassenverkehr aufgeklärt und dazu angehalten werden, richtiges Verhalten einzuüben. Das beginne im Elternhaus und setze sich in der Schule mit der Verkehrsinstruktion fort. Dies sei viel wirksamer als teure Projekte. Was nütze Tempo 30, wenn dann die Kinder einfach über die Strasse gehen, ohne den Verkehr zu beobachten? Die Organisation Fussverkehr Schweiz habe einen Fragebogen für Schulkinder entworfen, auf dem Gefahrenstellen rasch erfasst werden können. Schliesslich sei es auch eine Aufgabe der Polizei, die Kindergärtner und Primarschüler für die Gefahren im Verkehr zu sensibilisieren. Auch verweist Patrick Koch an den TCS, der sich sehr für die Sicherheit der Kleinsten im Verkehr engagiert. Er fragt, ob die Stadt Kriens diese Dienste in Anspruch nimmt. Es gebe viele Massnahmen mit denen Gefahrenstellen für Schulkinder entschärft werden können: Schülerlotsen, signalisierte Schulwege, Kinder sichtbar machen z. B. mit reflektierenden Gegenständen, Eltern begleiten Kinder ab und zu auf dem Schulweg. Auch die Stadt Kriens könne viel dazu beitragen, dass die Gefahren für die Schulkinder nachhaltig gesenkt werden. Dies geschehe mit einer geschickten Einteilung der Schulkinder. Es könne nicht sein, dass z. B. ein siebenjähriger Knirps, der nur einige hundert Meter neben dem Meiersmattschulhaus aufwächst, im Feldmühleschulhaus in den Kindergarten muss und plötzlich zwei stark befahrene Verkehrsachsen überqueren muss. Solche Fälle seien Patrick Koch persönlich bekannt. Den Bemerksantrag der KBVU habe die SVP-Fraktion wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die Kommissionsbemerkung sei der SVP-Fraktion jedoch zu schwammig und nicht bindend. Aus diesem Grund beantragt die SVP-Fraktion, den Beschlusstext anzupassen. Mit dem neuen Beschlusstext für das Projekt «Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten» werde ein Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 120'000.00 bewilligt. Somit können die Reserven nicht angetastet werden. Wie soll ein bewilligter Betrag, der nicht gebraucht werden darf, in der Buchhaltung geführt werden? Die SVP-Fraktion sagt «Nein» zu solchen Zahlenspielerien. Diese Reserve von fast 50 % ohne Bestimmung des Zwecks sei ein fragwürdiges Finanzgebaren und könne keinesfalls akzeptiert werden. Durch die Reduktion des Antrags auf Fr. 120'000.00 liege das ganze sowieso im Kompetenzbereich des Stadtrats. Die SVP-Fraktion wird den Antrag zur Anpassung des Beschlusstexts stellen und falls dies nicht angenommen wird, werden sie den B+A ablehnen.

Laut Beat Tanner tritt die FDP-Fraktion nicht auf das Geschäft ein oder lehnt es ab, da es aus Formeller Sicht gegen die Gemeindeverordnung der Stadt Kriens verstosse. Der Stadtrat müsste diese Vorlage dem Einwohnerrat als Planungskredit vorlegen, da die Ausgabenkompetenz aus ihrer Sicht beim Stadtrat liege. Inhaltlich sei die FDP-Fraktion mit der pragmatischen Umsetzung von den Massnahmen einverstanden. Es gebe jedoch bereits jetzt bekannte Sicherheitslücken auf den Schulwegen, welche nun schon ohne die Massnahmen umgesetzt werden sollten. Ob mit diesen GPS-Trackern tatsächlich neue Erkenntnisse zu Vorschein kommen, wage die FDP-Fraktion zu bezweifeln. Die FDP-Fraktion sehe die rechtlichen Grundlagen als nicht eingehalten, weil in der letzten Revision von der Gemeindeordnung, eine Kommission gebildet wurde, welche der Sprechende Präsierte. Die Kommsion habe sich lange und ausführlich über die Freibestimmbaren Ausgaben und Kompetenzen unterhalten. Dabei wurden zwei Möglichkeiten in die Gemeindeordnung aufgenommen. Der Stadtrat kann grundsätzlich über Ausgaben bis 2.6 Millionen Franken, was 3 % von den Steuereinnahmen sind, selber bestimmen. Für Projektierungskredite gebe es eine Ausnahme, weil darauf in den meisten Fällen ein hoher Ausführungskredit folgt. So könne der Einwohnerrat bei Projektierungskrediten ab Fr. 214'000.00 bereits Rahmenbedingungen bekannt geben, bevor der Ausführungskredit, in den meisten Fällen in der Kompetenz der Bevölkerung, ausgearbeitet wird. Die Meinung der Kommission, welche die Gemeindeordnung so behandelt habe, war jedoch nicht, dass nun solche Geldspielereien gemacht werden, damit die Kompetenz beim Einwohnerrat liegt. Ausgaben in einem Projektierungskredit seien auch keine wiederkehrenden Kosten wie zum Beispiel die Ausbildung von Mitarbeitenden. Ein Projektierungskredit habe, wie dies Raoul Niederberger bereits ausgeführt hat, immer ein Anfang und einen Schluss, deshalb heisse es auch Projekt. Die FHGG schreibe vor, dass ein Projektierungskredit zusammen mit dem Ausführungskredit abgerechnet werden muss. Für die FDP-Fraktion sei fraglich, was für ein Ausführungskredit von über 2.6 Millionen Franken hier noch kommen wird. Im beantragten Projektierungskredit seien Weiterbildungskosten drin, dies habe die FDP-Fraktion sehr erstaunt. Solche Sachen sollten nicht in einem Projektierungskredit, sondern in einem Ausführungskredit sein. Die

FDP-Fraktion findet es nicht seriös, dass Fr. 100'000.00 als Reserven eingestellt werden, nur damit die Kompetenz des Einwohnerrates erreicht werde. Die Mängel aus dem PUK-Bericht habe man anscheinend schon vergessen und die Finanzkompetenz-Akrobatik gehe schon weiter. An der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2021 wurde die Motion Wendelspiess überwiesen. Gemäss Gemeindeordnung liege die Kompetenz für solche Projektierungskredite ab Fr. 214'000.00 beim Einwohnerrat. Der Stadtrat hatte jedoch das Problem, dass er kein Projektierungskredit in der Kompetenz vom Einwohnerrat erreicht habe. Anstelle von einem Planungskredit hat der Stadtrat trotzdem ein Projektierungskredit genommen und einfach 50 % Reserve und Wiederkehrende Kosten im Projektierungskredit aufgenommen, damit die Limite erreicht ist. Solche Vorlagen seien für die FDP-Fraktion unseriös und wenig vertrauensbildend. Der Bemerkungsantrag von der KBVU zeige, dass die gewählte Form vom Stadtrat nicht seriös ist. Der Bemerkungsantrag verlange, dass der Stadtrat die Reserven nicht benutzen darf. Also werden die Reserven vom Einwohnerrat beschlossen und gleichzeitig auch, dass die Reserven nicht gebraucht werden. Die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag von der SVP-Fraktion, da für sie die Reserven ebenfalls zu hoch sind und zusätzlich würde die Kompetenz wieder zurück an den Stadtrat gehen, wenn dieser Antrag angenommen wird. Die FDP-Fraktion versteht nicht, weshalb dies so gemacht wurde und findet auch ein Finanzhaushalts-Reglement dringend nötig, dass in Zukunft solche Sachen geregelt sind. Beat Tanner wünscht sich, dass die KFG in solchen Fällen ihre Aufgabe wahrnimmt und dem Stadtrat genau auf die Finger schaut.

Beda Lengwiler dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den gelungenen Bericht. Sie sind zufrieden mit dem Bericht. Speziell auch damit, dass es, wie es Ursula Wendelspiess damals bemerkte, kein Papiertiger wurde. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion möchte kurz auf vier Punkte tiefer eingehen, die sie bemerkenswert finden. Im Bericht steht geschrieben, dass diverse Anspruchsgruppen beigezogen werden. Von den Eltern über die Lehrpersonen bis zu der Polizei werde von allen Seiten die Meinung abgeholt und für die Lösungsfindung genutzt. Speziell wichtig und bemerkenswert finde Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, dass auch die Kinder selbst mit einbezogen werden. Schliesslich kennen die Kinder ihre Schulwege am besten und manchmal benutzen sie Routen, die einem gar nicht bewusst sind. Die Lösung, welche der Stadtrat in Form eines B+A in den Einwohnerrat bringt, sei langfristig ausgerichtet. Speziell bei der Sicherheit auf Schulwegen sei es wichtig, immer wieder hinzuschauen und gefährliche Stellen zu erkennen. Durch die Verfolgung vom Projekt «Sichere Schulwege» über mehrere Jahre und eine rollende Planung können ausserdem die Kosten in Grenzen gehalten werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei sich der finanziellen Situation der Stadt Kriens bewusst. Es muss gespart werden, jedoch nicht bei der Sicherheit von den Kleinsten. Rechne man den Kredit runter auf zehn Jahre, erhalte man jährliche Ausgaben von Fr. 22'000.00 und da seien sogar die hohen Reserven noch miteinberechnet. Der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist die Sicherheit der Kinder diese jährlichen Fr. 20'000.00 wert. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion war durchaus überrascht über die Fr. 100'000.00 Reserven. Schliesslich seien dies rund 100 % Reserven auf den restlichen Betrag. Vermutlich benötige es keine Reserven in dieser Höhe. Die Reserven brauche es jedoch, damit der Projektierungskredit in der Kompetenz vom Einwohnerrat liegt. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion begrüsst dieses Vorgehen, denn sie wollen, dass ihr Anliegen mit einem verbindlichen Projekt umgesetzt werde. Schlussendlich seien sichere Wege zu Schulen und Sportstätten für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ein sehr wichtiges Thema. Der Die Mitte/Die Jungen Mitte-Fraktion ist die Sicherheit der Jüngsten wichtig. Sie seien der Meinung, dass die vorgeschlagene Lösung gut, innovativ und realistisch ist, und werden dem Kredit zustimmen.

Raphael Spörri dankt Peter Stofer für sein Votum, denn er findet, dass er es am besten auf den Punkt gebracht hat. Dieser B+A habe einen wichtigen Punkt und das sei die Sicherheit der Schulkinder. Der Redner möchte nicht gross auf die formellen Inhalte eingehen, denn Maurus Frey werde dazu sicher noch einiges sagen. Raphael Spörri findet es jedoch kritisch und auch etwas heuchlerisch, wenn die SVP-Fraktion sagt, wie wichtig ihnen der sichere Schulweg sei und sie diesen B+A ablehnen möchten. Gleichzeitig sage die SVP-Fraktion, dass die GVKK schon viel von diesen Massnahmen beinhalten, aber jeder Fortschritt und jeder Antrag, welcher auf das GVKK kommt, werde von der SVP-Fraktion mit einem Referendum torpediert. Wenn wie im B+A geschrieben wird, von allen Schulwegen ausgegangen wird, sieht Raphael Spörri bald keinen Unterschied mehr zum ganzen Fuss- und Velowegnetz in ganz Kriens. Dies bestätige auch die

Aussage vom GVKK, welche über 240 verschiedene Ausbaumassnahmen vorsieht. Zudem habe Kriens auch gesetzliche Massnahmen einzuhalten, welche keinen Spielraum lassen. Es würde wohl einfach genügen, wenn man das GVKK zur Hand nimmt und Schritt für Schritt beginnt, diese Massnahmen umzusetzen. Natürlich sei die Finanzlage von Kriens nicht so toll, dass dies so einfach stattfinden könne. Aus der Sicht von Raphael Spörri bringe der B+A nicht viel Neues, jedoch sei sogar die Presse aufgesprungen und es wurde sogar im 20 Minuten geschrieben wie innovativ Kriens ist mit diesen GPS-Tracker. Der Stadtrat scheine jedoch seiner Sache nicht ganz sicher zu sein und rechnet für dieses Projekt nur Fr. 100'000.00 ein. Er fragt sich, ob die Sicherheit der Kinder nicht mehr Wert sei.

Peter Stofer erinnert, wie Beat Tanner Formreich erklärt hat, dass die FDP-Fraktion das Projekt interessant gefunden habe, jedoch aus Formgründen den B+A nicht unterstütze. Am 25. Juni 2020 wurde die Motion genau mit diesem Wortlaut «Projektierungskredit» überwiesen. Wenn dies der FDP-Fraktion so wichtig wäre, hätten sie den Formfehler bei der Überweisung korrigieren müssen. Durch diese Argumentation sei Peter Stofer nicht ganz klar, ob die rechte Seite vom Einwohnerrat die Sicherheitsthematik wirklich ernst nehme oder ob einfach das Haar in der Suppe gesucht werde.

Laut Beat Tanner sucht die FDP-Fraktion nicht das Haar in der Suppe. Sie waren auch damals nicht dafür, dass diese Motion überwiesen wird. Zu dieser Zeit konnte man noch nicht wissen, ob dies ein Projektierungskredit werde oder nicht. Ein Projektierungskredit löse schliesslich ein Ausführungskredit aus, welche höher als 2.6 Millionen Franken ist und die FDP-Fraktion fand, dass dies viel zu hoch sei, um die Situation anzuschauen. Beat Tanner sei froh, dass die Kompetenzen noch mal angeschaut werden, damit solche Diskussionen in Zukunft nicht mehr geführt werden.

Maurus Frey dankt für die positive Aufnahme von diesem Geschäft. Maurus Frey erinnert an den Schulweg. Man erlebe einiges, Freundschaften werden geschlossen und zerbrochen. So einiges passiere auf diesem Weg, jedoch dürfen keine Unfälle passieren. In der Stadt Kriens werden pro Tag über 2'800 Schulwege zurückgelegt. Als Vater von zwei Kinder könne er sagen, dass dies nicht die grösste Angst sei, weil Kriens momentan schon mehr oder weniger sichere Schulwege hat. Es gebe nun zwei verschiedene Diskussionen im Einwohnerrat, zum einen die Formale und zum anderen die Inhaltliche. Maurus Frey möchte nun zuerst auf den Inhalt vom B+A eingehen. Darin habe er viel Einigkeit und übereinstimmende Voten gehört. Die Sicherheit der Kinder auf dem Weg zur Schule und zu den Hobbys, liege allen am Herzen. Damit diese Sicherheit gewährleistet werden könne, muss konstant daran gearbeitet werden. Die Verkehrssysteme verändern sich und die Wege von heute müssen auch morgen sicher sein und bleiben. Der Stadtrat möchte eine andere Höhe einnehmen. Die Verkehrsplaner machen bereits einen guten Job und die Verkehrssicherheit sowie die Schulweg-Sicherheit habe erste Priorität. Die Verkehrsplaner schauen die Stadt Kriens über ein Luftbild von 15 km Höhe an und haben ein gutes Wissen über Verkehrsnormen und teilweise auch ein lokales Wissen über einzelne Situationen. Das sei jedoch der Blick von ca. 175 cm Höhe, der Blick von den Erwachsenen. Der Stadtrat möchte nun den Blick von den Kindern einnehmen, denn die Welt und der Weg zur Schule sehe aus dieser Höhe schon ganz anders aus. Aus dieser Höhe können Gefahren schon ganz anders daherkommen. Der Stadtrat will einen kontinuierlichen Austausch zwischen Kinder, Eltern und Verkehrsplaner. Und dieser Austausch soll immer wieder stattfinden. Dieser Austausch gebe es schon heute und auch der Verkehrspolizist gebe es bereits heute. Jedoch soll dies nun Formalisiert gemacht werden und die Informationen von den 2'800 Schulwegen sollen systematisch erfasst werden. Die GVKK Massnahmen sollen anhand von den Auswertungen priorisiert und, an die aktuelle Finanzlage der Stadt Kriens angepasst, ausgeführt werden. Die Stadt Kriens will herausfinden, welche Massnahmen am meisten Nutzen haben, an welchen Stellen betonierte, Randstein abgeschliffen oder Tempo 30 eingeführt werden müsse. Zu der formellen Diskussion sagt der Stadtrat, der Einwohnerrat habe bestellt und der Stadtrat habe geliefert. Es wurde eine Motion überwiesen, in welcher ein Projektierungskredit gefordert werde und der Stadtrat habe ein Projektierungskredit geliefert. Der Stadtrat sei sich bewusst, dass dies eine etwas ungewohnte Übungsanlage ist und hat deshalb auch im September mit der KBVU das

Gespräch gesucht, wo diese Frage diskutiert wurde und die KBVU wollte sich nicht festlegen. Die Form wurde vom Stadtrat nicht frei gewählt, sondern wurde dem Stadtrat mit der Motion aufgezwungen. In der Geschäftsordnung stehe, dass eine überwiesene Motion für den Stadtrat verbindlich ist. Nun könne man noch lange diskutieren, was nun richtig oder falsch ist, jedoch sei es ein Fakt, dass das Geschäft von der kantonalen Finanzaufsicht und der Aufsicht für Gemeinden überprüft wurde. Wenn der Antrag von der SVP-Fraktion angenommen wird und die Reserven gestrichen werden, liege die Kompetenz nicht mehr beim Einwohnerrat. Wenn der Einwohnerrat heute über etwas bestimmen möchte, sollte also der Kreditbetrag nicht gekürzt werden. Schliesslich sei es auch die Aufgabe vom Einwohnerrat und Maurus Frey spüre auch heraus, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte über etwas bestimmen, über inhaltliche Themen diskutieren und dem Stadtrat Leitlinien geben möchten. Der Stadtrat wird dem Antrag von der KBVU nicht opponieren, falls überhaupt auf das Geschäft eingetreten werde. Es wurde noch von den Fragebogen auf Papier erzählt, jedoch muss man sich da auch überlegen, wer diesen Fragebogen dann auswerten und digitalisieren soll. Maurus Frey hat in der Verkehrsabteilung sehr beschränkte Ressourcen. Maurus Frey versichert, dass der vorgesehene Weg über die elektronische Aufzeichnung und Auswertung, günstiger und effizienter sei.

Räto Camenisch stellt fest, dass das Eintreten bestritten ist.

Eintreten Bericht und Antrag Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Schulwege zu Schulen und Sportstätten (Nr. 087/22)

Mit 16:10 Stimmen wird das Eintreten beschlossen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Detailberatung**Bemerkungsantrag KBVU: Seite 7 – Artikel 4**

Armin Lisibach möchte im Namen der KBVU folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Der Stadtrat wird beauftragt – Der eingesetzte Betrag von Fr. 100'000.00 Reserven, soll für dieses Projekt nicht eingesetzt werden.»

Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU: Seite 7

Mit 15:2 Stimmen und 9 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag KBVU angenommen.

Akermann Michèle	Enthaltung
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Enthaltung
Erni Matthias	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Enthaltung
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Enthaltung
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Enthaltung
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Enthaltung
Tanner Beat	Enthaltung
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Ja

Antrag SVP: Beschlusstext Ziffer 1

Patrick Koch möchte im Namen der SVP folgenden Satz im Beschlusstext anpassen:

Alt: «Für das Projekt Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten wird ein Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 220'000 bewilligt.»

Neu: «Für das Projekt Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten wird ein Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 120'000 bewilligt.»

Abstimmung Antrag SVP: Beschlusstext Ziffer 1Mit 16:8 Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Änderungsantrag SVP abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Durrer Ivo	Enthaltung
Erni Matthias	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Nein

Karin Schumacher liest den Beschlusstext vor:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens, nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag 087/2022 des Stadtrates Kriens vom 4. Januar 2022 und gestützt auf § 32, Abs. 2, Ziff. 6 der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Projektierungskredit «Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten» beschliesst:

1. Für das Projekt «Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten» wird ein Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 220'000.00 bewilligt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug
4. Bemerkung: Der Stadtrat wird beauftragt – Der eingesetzte Betrag von Fr. 100'000.00 Reserven, soll für dieses Projekt nicht eingesetzt werden.

Abstimmung über BeschlusstextMit 16:10 Stimmen wird der Beschlusstext angenommen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

4a. Dringliche Interpellation Vonesch: Streichung des Ferienhorts bringt Eltern in Not**Nr. 099/22**Gemäss Marco Frauenknecht lauten die Antworten wie folgt.**1. Warum wurden die Eltern so spät über die Streichung des Ferienhorts informiert?**

Nach der Budgetbewilligung anfangs November musste der Stadtrat gemäss Verordnung über die Organisation der Volksschule der Stadt Kriens die Tarife definitiv bewilligen. Dies erforderte eine nochmalige Auseinandersetzung zu den Tarifen. Zudem wollte der Stadtrat zusätzlich prüfen, ob ein Ferienhort mit Vollkostenrechnung realistisch ist. Der Stadtrat entschied über die Tarifierhöhung und die Aussetzung des Ferienhorts am 12. Januar 2022 und kommunizierte anschliessend die Öffentlichkeit.

2. Wie viele Familien bzw. Kinder sind von der Streichung dieses Angebots ungefähr betroffen?

	Gebuchte Tage	Anzahl Kinder	Anzahl Familien
Fasnacht 21	218	53	44
Ostern 21	196	49	40
Sommer 21	324	50	42
Herbst 21	176	53	45
Weihnachten 21	73	34	30

3. Inwiefern unterstützt die Stadt Kriens die Eltern bei der Suche nach einer Betreuungsalternative?

Die Stadt Kriens stellt dem Verein «Alleinerziehende Mütter und Väter Luzern» zu entsprechenden Konditionen den Hort Meiersmatt für die Durchführung eines Ferienangebots zur Verfügung. Ob und wie lange dieses Freiwilligenangebot für die nachfolgenden Schulferienzeiten angeboten werden kann, ist noch offen. Familien werden auch an den Verein Tagesfamilien und an die privaten Kitas verwiesen.

4. Wie wurden/werden die (Jugend-)Vereine und die Jugendanimation einbezogen?

Die Ferienbetreuung wurde im Auftrag der Volksschule von der Jugendanimation organisiert und durchgeführt. Die sich ergebenden Kosten wurden für 2022 ausgesetzt. Andere (Jugend-)Vereine werden nicht einbezogen.

5. Erwartet man eine höhere Nachfrage für die Teilnahme in den Sommerlagern der Schulen? Ist der Stadtrat bereit, falls nötig, ein drittes Sommerlager anzubieten?

Grundsätzlich werden alle angemeldeten Kinder ins Sommerlager aufgenommen. Der Stadtrat ist offen, mit einem dritten Sommerlager eine Betreuungslücke zu schliessen. Allerdings ist nicht mit einer deutlich höheren Nachfrage zu rechnen, weil kleinere Kinder mit Betreuungsanspruch mit einem Sommerlager nicht angesprochen werden.

6. Welche Lösungen zeichnen sich für betroffene Familien ab?

Die Familien müssen sich familienintern, über Familien hinweg und in ihrem eigenen Netzwerk organisieren. Das Angebot der Tagesfamilien bleibt zu unveränderten Tarifen bestehen.

Räto Camenisch fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Andreas Vonesch wünscht keine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird somit ist das Traktandum erledigt.

4b. Dringliche Interpellation Gomer: Ist die angekündigte Gebührenerhöhung in den Tagesstrukturen mit den kantonalen Vorgaben vereinbar **Nr. 101/22**

Gemäss Marco Frauenknecht lauten die Antworten wie folgt:

1. Wie steht der Stadtrat zu der massiven Erhöhung des Elternanteils in Anbetracht der kantonalen Vorgaben?

Die kantonalen Vorgaben sind im Gesetz über die Volksschulbildung und in der dazugehörigen Verordnung grundgelegt. Der Kanton richtet Beiträge aus, sofern die erlassenen Richtlinien eingehalten

werden. Gemäss Richtlinie sind die Elternbeiträge einkommensabhängig zu gestalten. Weil sie als Gebühren gelten, dürfen sie im Einzelfall höchstens kostendeckend sein. Die Elternbeiträge sollen in der Regel zwischen 20 und 30 Prozent der Betriebskosten decken.

2. Gemäss Richtlinien dürfen Elternbeiträge in Ausnahmefällen höher ausfallen. Was sind solche «Ausnahmen» und darf eine «Ausnahme» für Einzelfälle wirklich auf alle Elternbeiträge angewendet werden?

Gemäss den Richtlinien «Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen» ist unter Punkt 5 vermerkt, dass die Elternbeiträge in der Regel zwischen 20 und 30 Prozent der Betriebskosten decken sollen. Die Formulierung lässt einen Spielraum zu. Die Stadt Kriens ist diesbezüglich bereits mit der Dienststelle für Volksschulbildung in Kontakt. Zu den Betriebskosten zählen u.a. die Personalkosten (Löhne inkl. Sozialleistungen), der Sach- und übrige Personalaufwand (Dienstleistungen Dritter, Mobiliar, Betriebs- und Verbrauchsmaterial, Anschaffungen und Unterhalt) und Interne Verrechnungen (Mieten und Umlagen). Im Budget 2022 betragen diese Kosten rund Fr. 3,53 Mio. Der im 2022 budgetierte Elternbeitrag deckt mit der Tarifierhöhung rund 45% der Betriebskosten. Die restlichen Kosten werden paritätisch vom Kanton Luzern und der Stadt Kriens übernommen. Die in der dringlichen Interpellation aufgezeigte Berechnung kann somit nicht bestätigt werden.

3. Gemäss Verordnung über die Volksschulbildung darf der Kanton Luzern seinen Beitrag kürzen, wenn die Richtlinien der Dienststelle Volksschulbildung verletzt werden. Wie steht die Stadt Kriens einer solchen Gefährdung gegenüber?

Wie in der Beantwortung zu Frage 2 ausgeführt, ist die Stadt Kriens mit der Dienststelle für Volksschulbildung in Kontakt.

4. Wie viele Eltern haben als Folge der massiven Erhöhung ihrer Elternbeiträge bereits ihre Kinder von der Betreuung abgemeldet?

Für Abmeldungen gilt eine dreimonatige Kündigungsfrist. Die neuen Tarife gelten ab 1. Mai 2022. 73 Kinder wurden auf den 1. Mai vollumfänglich von der Schullergänzenden Tagesstruktur abgemeldet. Insgesamt wurden aufgrund der Kündigung 277 Elemente abgemeldet. Die Betreuung von 28 Kindern wurde reduziert. Dies entspricht einer Reduktion von 58 Elementen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind noch 594 Kinder und 2332 Elemente gemeldet. Die Anmeldefrist für das Schuljahr 2022/23 ist Ende Mai. Wie viele Kinder für die Betreuungsangebote angemeldet werden, kann nicht abgeschätzt werden. Es ist demzufolge auch offen, welche Konsequenzen dies für das Personal hat. Es ist nicht auszuschliessen, dass Mitarbeitende nicht mehr beschäftigt werden können.

In der Regel erhöhen bezahlbare Tagesstrukturen das Erwerbseinkommen der Eltern so stark, dass auch die Einkommensteuern ansteigen. Wie ist das steuerbare Einkommen der Eltern, welche ihre Kinder abmelden? Insgesamt wurden in der Tarifstufe 1 (steuerbares Einkommen bis Fr. 30'000) am meisten, nämlich 64 Elemente von 705 abgemeldet. Die Tarifstufe mit der zweithöchsten Anzahl an Abmeldungen von Elementen betrifft die Tarifstufe 16 (steuerbares Einkommen über Fr. 130'000). In dieser Tarifstufe wurde 35 Elemente von 261 abgemeldet. In der Tarifstufe 5 (steuerbares Einkommen Fr. 45'000 bis Fr. 50'000) wurden 18 Elemente von 123 abgemeldet und in den Stufen 9 bis 13 (steuerbares Einkommen zwischen Fr. 65'000 bis Fr. 110'000) wurden zwischen 18 bis 25 Elemente von 88 bis 141 Elementen abgemeldet. In allen andere Tarifstufen wurden zwischen 4 bis 14 Elemente abgemeldet.

Räto Camenisch fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Bettina Gomer wünscht eine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird und übergibt das Wort an die Interpellantin.

Bettina Gomer dankt dem Stadtrat für die kurzfristige Beantwortung von ihrer Interpellation. Es wurde vieles angedeutet und der Einwohnerrat habe das Budget damals zähneknirschend angenommen. Unter anderem habe man das Budget angenommen, weil die SP-Fraktion dem Stadtrat vertraut hat, dass er den Weitblick behält und auch um einen weiteren Budgetlosen Zustand zu verhindern und die Verwaltungsmitarbeiter im Regen stehen lassen. Der SP-Fraktion sei es wichtig, dass die Familien weiterhin mitgetragen werden und dass nicht immer genau dort gespart werde. Die SP-Fraktion vermisst die Weitsicht vom Stadtrat. Im letzten Budgetlosen Zustand musste man die Ferienbetreuung auch nicht kürzen oder weglassen, damals hatte der Stadtrat anscheinend den Weitblick noch. Bettina Gomer-Beacco möchte wissen, was die Dienststelle Volksschule schlussendlich dazu sagt. Es wurde nur gesagt, dass diese Ausnahme in diesem Fall angewendet werden kann, wieso genau sei der SP-Fraktion jedoch noch nicht klar. Sie fragen sich, ob dies am knappen Budget liegt. Es sei jedoch klar, dass diese 30 % klar überschritten werden und der Kanton gesagt habe, dass dies ein Reiz wäre noch zu arbeiten. Als Bettina Gomer-Beacco die Kinder in der Schule hatte, hatte sie keine Möglichkeit die Kinder in die Tagesstruktur zu geben. Bettina Gomer-Beacco sei Fachfrau Gesundheit in der Langzeitpflege und da ist der Lohn bekanntlich eher knapp. Sie macht diesen Job sehr gerne und auch schon sehr lange. Der Ehemann von Bettina Gomer-Beacco habe einen anderen Weg eingeschlagen und aus diesem Grund seien sie sehr gute Steuerzahler. Wenn sie also nun diese Tarife anwenden würde, würde es sich nicht rentieren, dass sie überhaupt zur Arbeit gehe. Dies bedeutet, dass Bettina Gomer-Beacco in der Pflege und somit in der Wirtschaft fehlen, ihr Pensionskassenloch würde ansteigen. Jedoch werde dies alles nicht miteinberechnet. Es sei ein sehr kurzes Denken vom Stadtrat und es werde sich alles wieder mit den Steuereinnahmen rächen. Es wurden viele Kinder abgemeldet und die SP-Fraktion werde sich im nächsten Jahr nach dem aktuellen Stand erkundigen. Der SP-Fraktion sei natürlich klar, dass dadurch gespart wird, jedoch ist die Frage, ob am richtigen Ort gespart werde. Dies sei auch wieder ein typisches Frauenthema und es könne ihr niemand sagen, dass mehr Männer davon betroffen sind. Diese Massnahmen zulasten der Frauen scheinen sich in letzter Zeit zu häufen. Die SP-Fraktion kann dazu nicht mehr viel sagen, denn der Einwohnerrat sei nicht bereit daran noch mal etwas zu ändern. Kriens hat ein Steuerloch und dass dadurch mehr Steuerzahler angezogen werden, wagt Bettina Gomer-Beacco zu bezweifeln.

Raoul Niederberger dankt der Interpellantin für den Vorstoss und möchte sich ihren Aussagen anschliessen. Er gibt dem Stadtrat recht, dass im Budget steht, dass der Ferienhort gestrichen wird, jedoch hat der Einwohnerrat in der Budgetdebatte gesagt, dass sie sich wünschen, dass dies nicht gemacht wird. Die Aufgabe vom Einwohnerrat sei es, ein Globalbudget zu genehmigen und wie der Stadtrat diese Mittel genau einsetze, ist Sache vom Stadtrat selbst. Dabei habe der Stadtrat zu wenig auf die Voten von der Grünen/glp-Fraktion gehört und deshalb wurde auch den entsprechenden Vorstoss eingereicht. Marco Frauenknecht habe bereits gesagt, dass der Stadtrat noch mal über den Ferienhort diskutiert hat, dies zeige, dass die Massnahmen zum Zeitpunkt vom Budget noch nicht definitiv waren. In der Budgetdiskussion habe Michèle Albrecht auf die 50 % Tarifierhöhung der Horte hingewiesen und sich gewünscht, dass dieses Geld bei denen, die sich das leisten können, eingefordert werde. Der Stadtrat könnte die Tarifgestaltung so machen, dass zum Beispiel Leute mit höherem Einkommen keine Betreuung mehr erhalten. Die Grünen/glp-Fraktion könne nicht verstehen, weshalb nun wieder die mit schwächerem Einkommen die Leidtragenden sind. Heute hätte man etwas dagegen unternehmen können, jedoch wurde dies abgelehnt und die Familien seien nun auf sich selbst gestellt. So eine Stadt sollte nicht das Label «Familienfreundliche Stadt» tragen.

Michèle Akermann dankt dem Stadtrat im Namen der SVP-Fraktion für die Beantwortung von dieser Interpellation. Der Stadtrat habe bereits gesagt, dass er bereits Kontakt mit der Dienststelle Volksschulbildung aufgenommen hat und die SVP-Fraktion sei sich sicher, dass der Stadtrat sich für diese Sparmassnahme einsetzen werde. Die Rechnung von den Interpellanten stimmt nicht, ansonsten wäre es auch im 2021 schon zu hoch gewesen, jedoch habe auch da der Kanton sein Beitrag geleistet. Wie der Stadtrat bereits gesagt habe, biete die Bezeichnung «in der Regel» einen Spielraum und die SVP-Fraktion findet dieser Spielraum sollte genutzt werden. Michèle Akermann macht Raoul Niederberger darauf aufmerksam, dass die zweitmeisten Abmeldungen von Personen kamen, welche Fr. 120'000.00 bis Fr. 130'000.00 im Jahr

verdienen. Es seien also nicht ausschliesslich Familien mit geringem Einkommen betroffen. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass wenn eine Fraktion mit etwas nicht einverstanden ist, ein Budget abgelehnt werden muss. Die Interpellantin hat bereits gesagt, dass beim letzten Budgetlosen Zustand die Horte nicht gestrichen wurden, deshalb sei es aus Sicht der SVP-Fraktion kein Argument.

Michèle Albrecht erinnert daran, dass das Budget zähneknirschend angenommen wurde und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion genau auf diesen Missstand aufmerksam gemacht habe. Der Einwohnerrat war in einem Dilemma und musst dem Budget zustimmen und nun leiden alle. Michèle Albrecht möchte nicht, dass es ein Ziel sei, dass man nicht mehr genügend Anmeldungen für den Hort hat. Kriens wirkt der Attraktivität gegenüber von jungen Familien entgegen. Sie bittet den Stadtrat, Kriens mit dem Budget 2023 wieder attraktiver zu gestalten.

Michael Portmann zeigt die gesetzlichen Grundlagen für die Elternbeiträge anhand von einer Powerpoint-Präsentation. Es liege nicht in der Zuständigkeit vom Einwohnerrat, bei jeder Ausgabe vom Budget die Rechtsgültigkeit zu überprüfen. Der Einwohnerrat habe mit dem «Ja» zum Budget nicht gesagt, dass geltendes Recht verletzt werden darf. Im Gesetz zur Volksschule stehe, dass sich die Erziehungsberechtigten an den entstehenden Kosten beteiligen müssen. Der Kanton leistet Beiträge, sofern die von der Dienststelle Volksschulbildung erlassenen Richtlinien eingehalten werden. In diesen Richtlinien seien verschiedenste Sachen wie Qualität und Elternbeiträge definiert. Die Elternbeiträge müssen laut den Richtlinien Einkommensabhängig gestaltet werden und in der Regel zwischen 20 - 30 % der Betriebskosten müssen gedeckt werden. Es stehe jedoch nicht, dass die ganze Stadt ihren Elternbeitrag höher gestalten könne, sondern es ist ein Durchschnitt gemeint. Die Gemeinden müssen nach Abzug von den Elternbeiträgen die verbleibenden Kosten übernehmen und der Kanton beteilige sich an diesen Kosten zur Hälfte. Michael Portmann hat mit der Rechnung 2019 und 2020 und dem Budget 2021 und 2022 die Elternbeiträge ausgerechnet. Im Budget 2021 war der Elternbeitrag voraussichtlich 31 % vom Gesamtaufwand und dies sei knapp über den Vorgaben vom Kanton. Die SP-Fraktion sei sehr erstaunt, dass dies nicht eingehalten werde. Wenn der Stadtrat nun wie im Budget vorgesehen, seine Leistungen um Fr. 300'000.00 zurücknehme und der Kanton weiterhin die Leistungen von der Stadt zu Hälfte übernimmt, müssen die Eltern Fr. 600'000.00 mehr von den Kosten tragen. Dies sind 46 % vom Gesamtaufwand und deshalb möchte Michael Portmann vom Stadtrat wissen, wie dies funktioniere und hofft, dass im nächsten Jahr nicht mehr solche Leistungen gekürzt werden. Es gebe den Verein von alleinerziehenden Müttern und Väter schon länger als fünf Jahre und somit könne er das Verbandsbeschwerderecht für den unkorrekten Zustand wahrnehmen. Wenn der Verein recht bekommt und der Kanton Luzern sieht, dass die Richtlinien nicht eingehalten werden mit diesen 20 - 30 %, welche in der Regel eingehalten werden sollten. In der Regel heisst nicht, dass wenn es einer Gemeinde finanziell nicht gut geht, kann diese in der Regel die Elternbeiträge erhöhen. Das sei nicht die Regel, sondern eine Ausnahme der Regel. Kriens sei schon lange in diesem Zustand und dies habe noch nie stattgefunden und das darf auch nicht sein.

Erich Tschümperlin hat in der KFG kürzlich Informationen über die Entwicklung von Kriens erhalten. Es wurde mittels dem Wohnkalkulator vorgestellt, wie sich die Gemeinde entwickelt. Ein zentraler Faktor für die Entwicklung von Kriens sei die Altersstruktur. In der KFG wurde aufgezeigt, dass die grosse Gefahr besteht, dass es eine Überalterung gibt. Deshalb sei es wichtig, dass Kriens für junge Menschen attraktiv ist. Junge Menschen seien zu einem grossen Teil auch Familien. Erich Tschümperlin stellt jedoch fest, dass in der aktuellen Situation mit den Steuern alles unternommen werde, um junge Familien zu vertreiben. Dies sei auch in der Quartierentwicklung so, Kriens braucht Plätze und Parks, um für junge Familien attraktiv zu bleiben. Wenn so weitergemacht wird, habe Kriens bald ein Problem mit der Altersstruktur.

Cyrill Zosso möchte noch zwei Aussagen vom Stadtrat festhalten. Der Stadtrat habe die Aussagen gemacht, dass es ein rein finanzpolitischer Entscheid war und wenn sie einkaufen gehen, spielt nicht der Hun-

ger, sondern das Haushaltsbudget die entscheidende Rolle. Cyrill Zosso möchte niemand in Kriens verhungern lassen, jedoch werde genau dies mit den jungen Familien nun gemacht, wenn solche Politik betrieben wird. Wenn nur noch finanzpolitische Entscheide getroffen werden, könne man auch einfach einen Buchhalter einstellen, welcher schaut, dass das Budget am Schluss ausgeglichen ist und einige verhungern dann einfach.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen. Wie er bereits betont hat, war es ein ausgewogener und finanzpolitischer Entscheid. Der Stadtrat lasse in Kriens niemand verhungern, dafür habe Kriens einen zuverlässigen Partner, welcher für die Verpflegung in der Tagesstruktur sorgt. Die Budgetdebatte für das Jahr 2023 wird folgen und diese Diskussionen müssen in den nächsten Budgetprozess mitgenommen werden. Der Stadtrat sei sich bewusst, was diese Entscheide bedeuten und werde dies auch dementsprechend für das nächste Budget berücksichtigen. Das Budget der Volksschule ist sehr knapp und fast 98 % seien vorgegebene Kosten und könne nicht diskutiert werden. Der einzige Hebel, welche der Stadtrat noch betätigen könnte, wäre, die Klassengrössen zu erhöhen, jedoch habe Kriens bereits die grössten Klassen in der Agglomeration. Deshalb musst der Stadtrat nun diesen Entscheid fällen und dies habe zu Diskussionen geführt, jedoch hat der Stadtrat sich schlussendlich für diesen Weg entschieden.

5. Beantwortung Interpellation Ziemssen: Steuerdomizil der Selbständigerwerbenden

Nr. 068/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Räto Camenisch fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Jörg Ziemssen wünscht keine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

6. Beantwortung Interpellation Ziemssen: Wie kommt die Stadt Kriens an die ihr zustehenden Entschädigungen gemäss Bundesgesetz?

Nr. 070/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Räto Camenisch fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Jörg Ziemssen wünscht eine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Jörg Ziemssen bedankt sich beim Stadtrat und den involvierten Personen für die Beantwortung seines Vorstosses. Es sei schön zu lesen, dass sich der Stadtrat zusammen mit den Finanzverantwortlichen der K5-Gemeinden zu diesem Thema austauschte und beim Regierungsrat Reto Wyss vorstellig wurde. Dieses Engagement erachtet Jörg Ziemssen als wertvoll in der K5-Zusammenarbeit. Er deutet dies aber auch als

wertvolles Zeichen, wenn fünf starke Gemeinden sich zusammentun und beim Kanton das ihr zustehende Recht einfordern. Die Antwort vom Regierungsrat aus diesem Schreiben erachtet Jörg Ziemssen aber als selbstbewusste, ablehnende Haltung der K5-Gemeindeanliegen. Er anerkenne die kantonale Finanzautonomie, dass jeder Kanton keine Pflicht habe, die Gemeinden an den STAF-Gutschriften zu beteiligen. Trotzdem bleibe bei ihm als Krienser ein schlechtes Bauchgefühl zurück. Der Kanton optimiere seine Finanzen auch auf dem Buckel der Gemeinden wie zum Beispiel bei den Ergänzungsleistungen aus der AFR18, welche nun zu Lasten von Kriens überdurchschnittlich wachsen. Der Stadt Kriens entging durch dieses Verhalten einiges an Einnahmen. Es erfolgte keine angemessene finanzielle Beteiligung dieser STAF-Gelder an die Gemeinden. Der Kanton Luzern habe für das Jahr 2019 eine Steuersenkung bei den Gemeinden von 1/10 durchgesetzt. Gemäss vorliegendem Gerichtsentscheid wurde die Gemeindeautonomie verletzt und somit war dieses Vorgehen nicht rechtens. Von Korrektur dieses Gerichtsentscheides beim Kanton keine Spur. Die Einführung des AFR18 hatte für die Stadt Kriens bis jetzt negative finanzielle Auswirkungen. Sie hätte gemäss Globalbilanz zu einer Verbesserung von 1.5 Millionen Franken führen sollen. Es resultierte eine klare Verschlechterung. Kürzlich entnahm Jörg Ziemssen aus der Zeitung vom finanziellen Fiasko der neuen Schul-Admin-Software. Auch hier musste die Stadt Kriens seinen finanziellen Anteil leisten und hat keine Gegenleistung erhalten. Er fragt sich, was der Kanton Luzern inskünftig wohl alles noch an finanziellen Lasten den Gemeinden weiter übertragen werde. Die FDP-Fraktion wartet sehr gespannt auf den beim Kanton Luzern aufgelegten Wirkungsbericht zur Einführung des AFR18. Er fragt sich, was genau den Stimmbürgern versprochen wurde und was dies effektiv für finanzielle Auswirkungen bei den Gemeinden hatte. Hier müsse vor allem darauf geachtet werden, dass die Zentrumslasten bei den Agglomerationsgemeinden (insbesondere beim Soziallasten-Ausgleich) finanziell gesund und nicht zulasten der Zentrumsgemeinden ausgestaltet werden. Der FDP-Fraktion gefalle, dass der Stadtrat bei diesem Thema dran bleibe. Jörg Ziemssen habe die Erwartung, dass alle Krienser Kantonsrätinnen und Kantonsräte bei dieser Analyse die Farbe ihres Parteibüchleins auf die Seite legen. Sie sollen sich für die in der Vergangenheit entstandenen finanziellen Zusatzlasten in Kriens einsetzen und diese korrigieren. Er bittet die Krienser Kantonsrätinnen und Kantonsräte ganz genau auf die Resultate in diesem Wirkungsbericht zuschauen. Wenn notwendig, sei es wichtig, dass an den für die Krienser Finanzen richtigen Stellschrauben herumgedreht werde. Jörg Ziemssen dankt für die Weitsicht und Umsetzung seines Anliegen.

Cyrill Zosso dankt dem Interpellanten für die Interpellation und dem Stadtrat für die Beantwortung. Die Grüne/glp-Fraktion sei sich mit dem Interpellanten einig, dieses Geld müsse eingefordert werden. Der Wirkungsbericht wird erarbeitet, jedoch werde dieser erst 2024 kommen. Franziska Bitzi Staub habe bereits angemerkt, dass bis im 2024 schon vermehrt Leistungen abgebaut werden müssen. Was bei diesem Wirkungsbericht herauskommen werde, sei durchaus fragwürdig. Der Kanton kündigt bereits jetzt an, dass unabhängige Faktoren, wie politische Entscheide und Bevölkerungswachstum für die finanzielle Entwicklung zuständig sind. Es werde sehr schwierig, die Auswirkungen vom AFR18 auf die Gemeinden ausfindig zu machen. Cyrill Zosso wage zu bezweifeln, dass dort Neuigkeiten zu den STAF Beiträgen kommen. Es gebe bereits Diskussionen darüber, was im Kantonsrat bereits unternommen wurde. Es wurde bereits einige eher linke Anliegen eingebracht, jedoch hatten sie wenig bis keine Unterstützung von der bürgerlichen Seite. Da könnte man mal mit den Kollegen von der Bürgerlichen Seite reden, ob man nicht schon vor dem Jahr 2024 etwas unternehmen könne. Im Kantonsrat kam oft als Vorwurf, dass nicht aufgezeigt werden kann, welche Ungleichverteilung der Kanton vornimmt. Darin liege aus Sicht von Cyrill Zosso auch die grosse Schwierigkeit in diesem Zahlengewirr. Als Gemeinde habe man selbst auch eine Verantwortung. Er habe im letzten Budgetprozess gestaunt, wie wenig Kriens aufzeigen könne, wo Kriens wirklich Kantonsbeiträge erhält. Cyrill Zosso möchte den Stadtrat, evtl. mit einer Interpellation mit Jörg Ziemssen zusammen dazu auffordern, aufzuzeigen, was die Auswirkungen vom AFR18 seien. Ansonsten habe die Stadt Kriens immer eine schwächere Argumentationsbasis gegenüber dem Kanton und werden diese Mittel nie einfordern können.

Hans Fluder kann sich zu dieser Interpellation kurzfassen, denn der Interpellant und sein Vorredner haben schon viel dazu gesagt. Der Regierungsrat nehme Stellung und erkläre die Vorgehensweise. Im Kanton

Luzern fand die Feststellung einer entsprechenden Bestimmung im Rahmen zur Aufgaben- und Finanzreform 18 statt. Der AFR 18 Wirkungsbericht sei ausstehend. Dieser sollte abgewartet und sicher genau analysiert werden, insbesondere die Wirkung auf Kriens. Wichtig sei, dass der Stadtrat hier dranbleibe und beim Kanton zur richtigen Zeit interveniere.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und dem Finanzdepartement für die Beantwortung und beim Interpellanten für die finanzpolitisch spannenden Fragen. Tatsache sei also, dass der Kanton Luzern auch in den nächsten Jahren sehr gute finanzielle Ergebnisse ausweisen werde. Tatsache sei auch, dass in den letzten Jahren ständig mehr Aufgaben und Kosten den Gemeinden übertragen wurden. Daraus resultiere für die Stadt Kriens mehrheitlich eine finanzielle Verschlechterung. Und selbstverständlich wünsche sich auch Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion eine Geldverteilung zurück an die Bürgerinnen und Bürger. Die nüchterne Haltung aus dem Schreiben von Reto Wyss verlege die Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nicht zu Jubelsprüngen. Der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion fehle auch die spürbare Hartnäckigkeit seitens des Stadtrates in der doch misslichen finanziellen Lage der Stadt Kriens. Nichts desto trotz erkennen sie, dass der Prozess bzw. Dialog im Gang ist und dieser hoffentlich zu gesünderen Finanzen in Kriens führe. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nimmt die Beantwortung zuversichtlich zur Kenntnis und wünscht sich auch in dieser Sache ein weitsichtiges Adlerrauge.

Laut Cedric Seger dankt die SP-Fraktion dem Interpellanten für die wichtigen Fragen und dem Stadtrat und der Verwaltung für die Beantwortung. Der Bundesgesetzgeber wollte mit seiner gegenüber der Botschaft SV17 etwas verbindlicheren Formulierung vor allem ein politisches Signal aussenden, schreibt Reto Wyss. Kritisch betrachtet bedeute dies, dass die Finanzautonomie vom Kanton darin bestehe, Leistungen auszulagern und die Agglomerationsgemeinden dafür bezahlen zu lassen und sich selbst eine Auffrischung zu gönnen. Im Zuge der AFR18 heisse es, die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts sowohl im Kanton als auch in den Gemeinden gewährleisten. Die SP-Fraktion bezweifle, dass dies erfolgreich abgewickelt wurde. Zu dem Ganzen wurde zwei Ziele formuliert. Erstens die Prüfung der Zuordnung von Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden und zweitens die Stärkung des gemeinsamen Verständnisses bei der Aufgabenerfüllung. Die Aufgabenerfüllung wurde neu zugeordnet und dies mache durchaus in gewissen Bereichen auch Sinn. Das Problem bestehe jedoch darin, dass anfallende Kosten nur bedingt gedeckt seien und die SP-Fraktion erwarte vom Regierungsrat, dass er seine Verantwortungen als Kanton wahrnimmt, vor allem in Bezug auf die STAF-Abgaben. Wie der Regierungsrat Reto Wyss ebenfalls schrieb: «Festgehalten wurde schliesslich, dass die Gemeinden für die Folgen der Steuerreform angemessen abgegolten werden sollen.» In diesem Zug sei die SP-Fraktion auf den Wirkungsbericht gespannt und hoffe, dass die Exekutivmitglieder vom Stadtrat, sowie auch alle anderen Krienser Kantonsräte Druck aufsetzen, wenn es darum geht, Kriens angemessen zu vertreten.

Roger Erni dankt Jörg Ziemssen für den Vorstoss, denn nur mit dieser Interpellation über den Einwohnerrat konnte der Stadtrat den Brief von den K5-Gemeinden und die Antwort vom Regierungsrat, Reto Wyss, an die breite Öffentlichkeit bringen. Der Brief sei eher von Emmen und Ebikon ausgegangen, weil diese eher schlechter gestellt seien oder dies nicht so gut tragen können wie Horw oder Luzern. Horw oder Luzern haben da eher weniger Druck gemacht. Kriens sei dabei ein grosser Teil der Verlierer, weil andere Gemeinden bereits im Jahr 2020 mehrere Millionen Franken Gewinn gemacht haben, während Kriens Verluste geschrieben habe. Wie es aussieht, sei das Jahr 2021 ungefähr ähnlich, es werde so ungefähr auf dem Budget abgeschlossen. Cyrill Zosso habe erwähnt, dass im Kantonsrat über dieses Thema diskutiert und auch abgestimmt wurde. Der Vorstoss von Jörg Meier wurde abgelehnt. Roger Erni könne sich gut vorstellen, dass der Stadtrat zwar auf der einen Seite diesen Bericht abwartet, sich jedoch aufgrund dieser Interpellation von Cyrill Zosso und Jörg Ziemssen auf den Bericht vorbereite. Dies werde sicher nicht so gross wie der Wirkungsbericht, jedoch könnte sich der Stadtrat mit einigen guten Fragen sicher schon darauf vorbereiten. Es handele sich um einige Hunderttausend Franken, welche Kriens eingebüsst habe. Bei der Schule seien es natürlich mehrere Millionen zu Gunsten von der Stadt Kriens. Kriens habe sich vor weni-

gen Wochen bei der K5 eingesetzt, dass das Serviceportal nicht ein analoges Projekt wie das Schulsoftwareprojekt, welches kürzlich gestoppt wurde. Der Stadtrat hat ein wenig aufgewühlt und der Kanton hatte keine Freude, dass Kriens diesen Weg gewählt habe, jedoch braucht es das teilweise, weil Kriens als grosse Gemeinde andere Ansprüche und Voraussetzungen hat als kleinere Gemeinden. Der Kanton Luzern sei ein Landkanton und 70 % der Stimmen seien von ländlicheren Gebieten. Deshalb werden die Vertreter im Kantonsrat teilweise nicht richtig ernst genommen, wenn sie mit Anliegen von der Stadt kommen. Deshalb braucht es dieses K5, dass sich die städtischen Gemeinden zusammen für ihre Anliegen einsetzen können. Die Wahlvorbereitungen für die Kantonsratswahlen haben begonnen und Roger Erni hofft, dass auch Krienser Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte im Kantonsrat vertreten seien. Aktuell sind nur zwei Stadträte im Kantonsrat und Roger Erni wird es auch noch mal versuchen.

7. Beantwortung Interpellation Gomer: Wie viele Strassen und Plätze mit Frauennamen gibt es in Kriens?Nr. 072/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Räto Camenisch fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist, oder die Diskussion wünscht.

Bettina Gomer wünscht eine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird und übergibt das Wort der Interpellantin.

Bettina Gomer-Beacco dankt dem Stadtrat für die Beantwortung, sie habe diese mit Spannung erwartet. Sie erhoffte sich irgendwie eine Überraschung, aber die blieb aus. Aber ein Schmunzeln konnte sie sich hier und dort nicht verkneifen. Nein, es sei nicht so, dass ihre Fragen nicht ernst gemeint waren, ganz im Gegenteil. Sie sei nämlich nach wie vor überzeugt, dass es äusserst wichtig ist, dass die Menschen sich bewusst sind, wie sie die Welt wahrnehmen. Tatsächlich wurden in den letzten Jahren meistens Flurnamen zur Strassenbenennung herangezogen. Der Schweighof sei hier ein schönes Beispiel. Leider habe dies auch seine Tücken. Dort gebe es den Schweighofweg, Schweighofring und die Schweighofstrasse zwischen der Horwer- und Ringstrasse. Dies könne durchaus zur Verwirrung führen. Diversität helfe auch bei der Adressfindung. Die stadträtliche Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt (BUVK) sieht in den Prozess der Namensgebung ein. Auch damit soll der gesellschaftlichen Diversität über binär-genderspezifische Fragestellung hinaus Rechnung getragen werden. Dringend nötig, die Regeln waren aber bereits zuvor bekannt, die SP-Fraktion habe es sogar mehrmals in ihren Voten erwähnt. Sie fragt sich, warum das nun mit der letzten Platzbenennung war. Bei der Frage nach Strassennamen, welche auf Männer zurückzuführen seien, wurde sehr reflektierend und ehrlich geantwortet. Weil unten in der Beantwortung die Minervastrasse als einzige weibliche Namensgeberin aufgelistet werde, muss Bettina Gomer-Beacco erwähnen, dass der Gallus und seine Strasse oben vergessen gingen. Aber dies sei nur ein kleines Detail. Das Fazit sei für Bettina Gomer-Beacco wirklich gut, es müsse etwas getan werden. Auf das weise sie seit längerem hin. Bettina Gomer-Beacco vermutet, dass nach ihr einige Sprecherinnen und Sprecher kommen, die darauf hinweisen, dass dies doch halb so schlimm sei. Es werde ihr immer wieder vorgeworfen, dass ihre Ansichten übertrieben sind, der Genderstern und die Aussprache einfach nur mühsam und unpraktikabel sei und überhaupt im generischen Maskulin und Familiennamen schliesslich die Frauen immer mitgemeint seien. Bettina Gomer-Beacco geb einen Denkanstoss, für die abendländischen christlichen Kultur: Es gab auch Frauen in der Bibel, eine davon war Maria Magdalena, eigentlich Maria aus Magdala. Sie war stets an Jesus Seite und war auch die erste, welche sich Jesus nach der Auferstehung gezeigt hat. Auch bei Paulus haben sehr viele Frauen eine wichtige Aufgabe. Sie fragt sich, warum in der Bibel nur von männlichen Aposteln, von Jüngern oder Schülern gesprochen werde. Im altgriechisch, also in der Sprache des Neuen

Testaments werden Gruppen, die aus Männern und Frauen bestehen, im Plural mit einem männlich konstruierten Wort bezeichnet. Und so wurde es natürlich auch übersetzt. Im Deutsch als «generische maskulin». Genau, es seien doch immer alle mitgemeint und 2000 Jahre später heisse es dann, es war nur von Männern die Rede, neben Jesus. Und darauf stütze sich eine ganze Kirchenlehre mit dem noch heute gültigen römisch-katholischen Weltbild. Frauen seien dort nicht überall mitgemeint. Bettina Gomer-Beacco sagt, dass die Sprache das Denken und noch einiges mehr forme. Darum sei es wichtig, dass Frauen überall Einzug halten, besonders auch in die Schrift und Sprache, nur das ändert die Geschichte. Deshalb fragt sich Bettina Gomer-Beacco, wann konkret bekommen Frauen wie Elsy Jacot oder andere Idole in der Geschichte von Kriens ihren Platz.

Laut Pascal Meyer geht die Diskussion um die Platzbenennung in die nächste Runde, er fühlt sich schon als ausgewiesener Fachmann. Die Gründe/glp-Fraktion plädiere für einen pragmatischen Umgang mit dieser Thematik. Sie können das grundsätzliche Anliegen der Interpellantin nachvollziehen und sehen den Ball nun beim Stadtrat. Offenbar existiere auf kommunaler Ebene bisher kein geregelter Prozess für die Benennung von den Strassennamen, deshalb sei die beschriebene Vorgehensweise vom Stadtrat richtig. Empfehlungen vom BFS befolgen, die BUVK für die Verifizierung der Fragen einbeziehen und Grundsätze in die nächste Revision von der Vollzugsverordnung zum Strassenreglement der Stadt Kriens definieren. Elsy Jacot werde im Nachruf der SP-Fraktion als eine linientreue Sozialdemokratin beschrieben. Pascal Meyer habe sie persönlich nicht gekannt und ohne ihr Engagement zu beurteilen, möchte er trotzdem nicht, dass nun alle Parteien ihre Linientreuen Personen zu Platznamen verhelfen. Dieser Personenkult gefällt der Grünen/glp-Fraktion nicht. Die Forderung nach gesellschaftlich ausgeglichener Platzbenennung hingegen finden sie absolut korrekt, richtig und wichtig. Dies sei auch in der Empfehlung vom BFS so vorgesehen. Pascal Meyer würde gerne wissen, wie der Prozess beim FDP-Platz von Alex Willi ausgesehen habe und zu welcher Empfehlung die Kommission diesbezüglich gekommen sei.

Beat Rüegg zitiert das SVP-Fraktionsvotum vom abwesenden Martin Zellweger. Leider wurde von der Interpellation Gomer verkannt, dass die Strasse grundsätzlich weiblich ist und der Platz oder der Weg, Männlich. So gesehen gebe es in Kriens drei weibliche Strassen mit Männernamen, was der heutigen geschlechtlichen Diversität vollständig entspricht. Weiter sei die Kapelle mit Männername in sich bereits neutralisiert. Da also jetzt mit dem bereits heiss diskutierten Eisen der Alex Willi Platz in Kriens, eine männliche Dominanz zu drohen scheint, wäre ein der Elsy Jacot Platz gemeinhin katastrophal, da es wiederum neutralisierend sei. Somit müsse bei nächster Gelegenheit von der SP-Fraktion zwingend eine die Elsy Jacot Strasse beantragt werden, damit in Kriens wieder in Ausgewogenheit und Frieden gelebt werden kann. Somit wäre das Thema eigentlich erledigt. Wäre da nicht noch hervorzuheben, dass der Stadtrat anscheinend die nicht neutralisierten Wege, der Gärtnerweg und der Hodlerweg unterschlagen hat. Man behelfe sich mit dem Gedanken, dass das Freigleis und das Fuchsbühl den beiden Damen Frau Frei und Frau Fuchs gewidmet seien. Zudem gebe es noch die Erikastrasse. Dass aber niemand die Gallusstrasse genannt habe, sei dann schon irritierend, da die Strasse wieder neutralisierend auf den heiligen Gallus wirke. Wäre da wohl noch die einzige finale Lösung, dass bei der nächsten Krienser Fahnenmodernisierung beim Bären den «Schniedelwutz» weggelassen werde, sodass der Gallus den Krienserinnen und Kriensern eine Bäarin und keinen Bären aufbinden könne. Beat Rüegg habe noch eine kleine Ergänzung zu dieser Thematik, es dürfe nämlich nicht vergessen werden, dass in diesem Monat die drei Tage gefeiert werden, an denen der Mann immer recht hat, nämlich der 29, 30 und der 31. Februar.

Viktor Bienz dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für die Beantwortung von dieser Interpellation, sie seien grundsätzlich zufrieden. Es wurde bereits vieles gesagt, deshalb möchte Viktor Bienz dies nicht wiederholen. Die Plätze in Kriens seien historisch gewachsen und haben auch einen Grund, weshalb sie diese Namen tragen. In Kriens gebe es, wie vom Stadtrat erwähnt, den Minervaweg. Die Göttin Minerva sei die Göttin der Weisheit und den technischen Verteidigungskriegern und mit dieser

Weisheit soll nun weitergefahren werden. Der Stadtrat habe gesagt, er möchte dies in Zukunft bewusst an-gehen und es soll in Zukunft Plätze und Strassen mit Frauennamen geben. Somit denkt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, dieses Thema kann verlassen werden.

Für Maurus Frey ist die Vielfältigkeit einer Stadt sehr wichtig und dies soll zum Ausdruck kommen. Er gebe Bettina Gomer-Beacco recht, dass die Sprache die Wahrnehmung präge und die Benennung von Plätzen und Strassen ein Teil dieser Wahrnehmung sei. In der Beantwortung der Interpellation wurde aufgezeigt, dass diese Vielfältigkeit nicht vorhanden ist. Die Veränderung beginne bei der Wahrnehmung und einem gemeinsamen Verständnis über die Herausforderung und das Problem. Der Stadtrat verstehe die Interpel-lation in diesem Sinne, dass ein gemeinsames Problemverständnis vorhanden ist, jedoch sei noch kein ge-meinsames Verständnis vorhanden, wie diese Vielfältigkeit hergestellt werden soll. Im Rahmen der Ausar-beitung dieser Antwort habe der Stadtrat gemerkt, dass die Datengrundlage nicht ganz komplett ist und dies nachgeholt werde. Die Zieldefinition sei so, dass der Stadtrat nicht auf «Teufel komm raus» eine Egali-tät herstellen will, sondern sich bei der Benennung nach historischen Personen eher zurückhalte. In Zu-kunft sei man sich dieser Unausgeglichenheit sicher bewusst. Zu der Frage von Pascal Meyer, was die Kommission gemacht habe bei der Platzbenennung von Alex Willi, muss Maurus Frey gestehen, dass es diesen Prozess damals noch gar nicht gegeben hat. Der Stadtrat habe einen Weg vorgeschlagen, wie die Diversität zum Ausdruck gebracht werden könne, welche nicht nur genderspezifisch ist. Die andere Frage war, wann der Stadtrat konkret damit beginnen wird. Der Stadtrat möchte dazu sagen, dass sie etwas die Luft aus dieser Diskussion nehmen möchten, dass die Parteien nicht einen kalten Krieg über die Platz- und Strassenbenennung beginnen. Kriens sei kein totalitärer Staat, in welchem die Strassen nach der Person an der Macht benannt werden und beim nächsten Sturz alles wieder umbenannt wird. Diese Strassen seien Adressierungen von Leben und Ortschaften, in denen leben unbeeinflusst von diesen Diskussionen und ideologischen Auseinandersetzungen stattfinden soll. Kriens habe bei der Projektierung vom Bell-Areal wie-der die Möglichkeit Strassen zu benennen und dort wird der vorgeschlagene Prozess angewendet. Danach könne anhand dem Resultat ein Urteil gebildet werden, ob Kriens auf dem richtigen Weg ist. Maurus Frey dankt für die Diskussion und die Reflexion von den verschiedenen Bedürfnissen, welche der Stadtrat be-rücksichtigen will, damit der Vielfältigkeit von der Krienser Gesellschaft Rechnung getragen wird. Er dankt ebenfalls dem erheiternden Statement vom abwesenden Martin Zellweger, welches wahrscheinlich der na-herückenden Fasnacht geschuldet ist. Maurus Frey sei sich sicher, dass er die Thematik nicht ins Lächerli-che ziehen wollte und er habe dabei auch den ein oder anderen guten Punkt hervorgebracht, dass die Le-gislative zwar über die Gesetzgebung von Kriens bestimmen kann, jedoch nicht über die Orthografie und die Geschichte.

8. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

9. Verabschiedung Raphael Spörri

Gemäss Räto Camenisch gebe mit Raphael Spörri ein weiteres politisches Schwergewicht sein Amt ab und wendet sich wieder vermehrt einer weiteren Passion neben der Politik zu. Dem Entdecken der Welt als Wan-derleiter. Raphael Spörri rutschte im Januar 2014 für Martin Heini in den Einwohnerrat Kriens nach und poli-tisiert seither für die SP-Fraktion im Krienser Parlament. Zu diesem Zeitpunkt kannte er die Krienser Politik bereits sehr gut, da er seine ersten Sporen bereits in den Jahren vorher in der Schulpflege abverdiente. Als die Schulpflege von 20 auf 7 Mitglieder reduziert wurde, gab er sein Amt ab. Raphael Spörri sei seit 1986 als Lokführer und seit 2008 als Erwachsenen-Bildner bei der SBB tätig. Schon kurz nach seiner Ausbildung wurde er auch vom Schweizerischen Eisenbahnerverband (SEV) entdeckt. Dort engagierte er sich für ge-werkschaftliche Anliegen zuerst als Vorstandmitglied und später als Präsident der Sektion Luzern (2003 –

2008). Diese Gewerkschaftsarbeit habe ihn politisiert. Mit Raphael Spörri verlässt den Einwohnerrat also der letzte echte Gewerkschaftler. Raphael Spörri sagt von sich selbst, dass er nicht am linken Rand der SP zu finden sei. Um etwas zu erreichen, müsse verhandelt werden. Meinungen anhören und sich einfühlen, helfe dabei, diejenigen Kompromisse zu finden, welche dazu notwendig sind, damit Kriens als Stadt vorwärtskommt. Als Leitplanken dienten ihm schon seit seiner Gewerkschaftsarbeit immer die SP Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dies habe er auch 2016 als Einwohnerratspräsident umgesetzt und der Krienser Politik auf der Einwohnerratsreise 2017 wichtige Impulse vermittelt für die Diskussion der schwierigen Verkehrssituation im Krienser Stadtzentrum. Seither wird das Stadtzentrum wieder als Begegnungsort wahrgenommen. Ein echt mehrheitsfähiger Kompromiss für ein lebendiges Stadtzentrum konnte aber bis heute noch nicht gefunden werden. Als Fraktionschef und KFG-Mitglied habe sich Raphael Spörri immer auch die Anliegen der arbeitenden Menschen in Kriens eingesetzt. In einer seit Jahren unterfinanzierten und bürgerlich geführten Stadt wie Kriens kein leichtes Unterfangen. Soziale Sicherheit für alle Menschen in Kriens war ihm ein grosses Anliegen, weil diese Sicherheit immer wieder durch den schleichenden Leistungsabbau unter Druck geriet. Finanzielle Sicherheit entsteht aus seiner Sicht auch, wenn Kriens als Wohnort attraktiv bleibt. Dieses Engagement zeigte sich bis heute in seinen Vorstössen, welche beim Krienser Velonetz beginnen, zum Gesamtverkehrskonzept, den Quartierstrukturen und dem Anschluss des Freigleises auf den Bahnhofsbplatz Mattenhof weiterführen und bei der fehlenden Hindernisfreiheit der Krienser Bushaltestellen endet. Der Einwohnerrat Kriens dankt ihm für sein grosses Engagement.

Raphael Spörri dankt den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten für die tolle Zeit und verabschiedet sich mit den Worten «Tschüss zäme und möchids guet».

Schluss

Räto Camenisch dankt für die heutige konstruktive Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 24. März 2022 statt. Es wird eine halbtägige Sitzung und dauert von 13:30 Uhr bis 19:00 Uhr. Diese Sitzung wird dann wieder von der Einwohneratspräsidentin Anita Burkhardt-Künzler presidiert.

Im Anschluss trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Die Sitzung schliesst um 19:01 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratsvizepräsident:

Räto Camenisch

Die Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Des Protokollführers

Sascha Frevel